

# Protokollauszug

aus der  
33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 19.12.2017

---

öffentlich

**Top 3.3    Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Landeshauptstadt Potsdam  
17/SVV/0898  
vertagt**

**Frau Aubel** berichtet, dass das bisherige Verfahren der Landeshauptstadt Potsdam, der deckungsgleichen Schulbezirke, welches den Eltern die Möglichkeit gibt, bei der Anmeldung innerhalb der Stadt eine Schule frei zu wählen nur dann funktioniere, wenn die Aufnahmekapazität der Schulen dies zulässt. Aufgrund der höheren Schulbevölkerung im Sozialraum Babelsberg wird eine weitere Grundschule dringend benötigt.

Bis zur Fertigstellung dieser neuen Grundschule mussten Interimslösungen zur Beschulung im Planungsraum Babelsberg gefunden werden.

Der Standort der Grundschule am Humboldtring, erwies sich nach Prüfung als der geeignetste Standort.

Die Eltern im Einzugsbereich der Goethe-Grundschule wurden über die geplante Neufassung der Schulbezirkssatzung informiert. Ihnen wurde mitgeteilt, dass die Aufnahme vorbehaltlich sei und die Satzungsänderung die Grundschule am Humboldtring als zuständig vorsieht.

Dies führte zu großer Verwunderung in der Elternschaft.

Viele Rückmeldungen seien eingegangen, da der Besuch der Grundschule am Humboldtring nun wesentlich längere Anfahrtswege verursache und die wohnortnahe Beschulung nicht mehr gegeben sei.

Für die Planung der Erweiterung der Goethe-Grundschule wurden folgende Lösungsvorschläge seitens der Verwaltung gefunden:

Eine mögliche Lösung ist die Schaffung eines weiteren Zuges durch Aufstellung von Containern auf dem Schulhof des Bertha-von-Suttner Gymnasiums.

Die Schüler des Bertha-von-Suttner Gymnasiums können in ihren Pausen dann den „Direktorgarten“ (Hortfläche) nutzen.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Aufstelzung der Containeranlage. Hier gebe es bereits die Zusage, dass dies möglich sei.

Es wurden vorab Gespräche mit den betroffenen Schulleitungen der Goethe-Grundschule, des Bertha-von-Suttner Gymnasium und der Grundschule am Humboldtring geführt.

**Herr Meyer** stellt sich als Elternvertreter vor. Er fragt, ob die vorgestellten Varianten auch zeitnah umgesetzt werden können oder ob dies nur die ersten Überlegungen der Verwaltung seien.

**Frau Aubel** informiert, dass alle Abstimmungen zur Realisierung der Varianten getroffen wurden und einer Umsetzung nicht im Weg stünde.

**Herr Richter** ergänzt, dass lediglich der Zeitpunkt der Umsetzung zum Schuljahresbeginn noch nicht zugesagt werden könne.

**Frau Thorak** berichtet, dass die Schule die Information über das Vorhaben Container auf dem Schulgelände aufzustellen aus der Presse erhalten habe.

Die Information, dass die Schule die Fachkabinette der Goethe-Grundschule weiterhin nutzen könne sei für die Schule eine erste gute Nachricht gewesen.

Sie sieht die Aufstellung der Container nicht als bevorzugte Lösung. Eine Nutzung der Grünfläche sei aber eine gute Alternativ-Lösung.

**Frau Barz** berichtet, dass auch sie die Information über das Vorhaben zuerst aus der Presse erhalten habe. Sie kritisiert die Berichterstattung der Presse zum Thema. Die Schule wurde durch den Zeitungsartikel in ein schlechtes Licht gerückt. Die Bezeichnung als „Kartons“ schade dem Image der Schule.

Auch die Eltern, deren Kinder, statt auf die Goethe-Grundschule, nun die Grundschule am Humboldttring besuchen, haben ein positives Bild der Schule.

Sie seien gerne bereit dies auch öffentlich zu erklären.

Sie fordert vor Veröffentlichung solcher Artikel eine Abstimmung zwischen Presse, Schule und Verwaltung.

**Frau Aubel** weist darauf hin, dass die Elternschaft nicht die Schule kritisiert, sondern vielmehr die nicht mehr vorhandene Wohnortnähe Grund der Kritik gewesen sei. Sie betont, dass die Grundschule am Humboldttring eine gute Schule mit einem guten Konzept sei und auch ihr viele positive Rückmeldungen der Elternschaft bekannt seien.

**Herr Kandziora**, ein Elternvertreter aus Babelsberg berichtet, dass eines seiner Kinder bereits an der Goethe-Grundschule unterrichtet wird.

Sein anderes Kind sei an der Grundschule am Griebnitzsee aufgenommen worden. Auch dort seien in diesem Jahr überdurchschnittlich viele Anmeldungen eingegangen. Die Schule habe aber nur zwei Züge. Es sei demnach abzusehen, dass auch an dieser Schule viele Kinder nicht in die Einzugschule eingeschult werden können. Er bittet, dies bei den bevorstehenden Planungen mit zu berücksichtigen.

**Frau Aubel** erklärt dazu, dass alle Potsdamer Schulen von der Verwaltung betrachtet werden. Die Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung erfolgt mit Fokus auf alle Potsdamer Schulen. Wichtig sei es hierbei die Schülerströme richtig zu lenken. Auch die Privatschulen werden hierbei betrachtet.

**Herr von Canstein**, Vorsitzender der Elternkonferenz des Bertha-von-Suttner Gymnasiums, spricht sich gegen die Aufstellung der Container auf Stelzen aus. Er fragt, ob die Lösungen temporär seien.

**Frau Aubel** informiert, dass dies temporäre Lösungen bis zur Fertigstellung der neuen Grundschule seien.

**Frau Schkölziger** spricht sich dafür aus, dass die Eltern frühzeitig, schon vor Beginn des Ü7-Verfahrens, durch das Staatliche Schulamt und die Verwaltung über die Schulplätze informiert werden.

**Frau Aubel** erklärt, dass geplant sei, künftig die Kommunikation mit den Eltern zu verbessern indem diese über den Schulträger laufen werde.

Auf Nachfrage von Frau Naundorf zur Sportsituation erklärt Frau Aubel, dass durch Mitnutzung der Motorsporthalle, nach Beendigung der Bauarbeiten eine Organisation des Schulsportes möglich sei.

Auf Nachfrage von Herr Sima, ob es einen „Plan B“ gebe, wenn die Möglichkeit der Aufstellung der Container nicht möglich sei, und auf die Frage von Herr Wollenberg, was geschieht, wenn die Lösung nicht zum Schuljahresbeginn realisiert werden könne, antwortet Frau Aubel, dass Abstimmungen mit dem Bereich Denkmalschutz erfolgt seien und dieser die Lösung mit trage.

**Herr Richter** ergänzt, dass die Lösungsmöglichkeit gerade erst gefunden wurde und eine mögliche Ausweichmöglichkeit erst beraten werden müsse. Es gebe aber schon einige Ideen, wie diese Zeit überbrückt werden könnte. Ferner legt er dar, dass die Container zunächst den Bedarf für zwei Schuljahre abdecken.

**Herr Böttcher** bittet um Einberufung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung.

Die Vorlage wird **bis Januar zurückgestellt**. Dann soll eine Vorstellung der Lösungen durch die Verwaltung erfolgen.